

Inland.

* Pöfen, den 2. November. Der hiesige constitutionell-demokratische Club, der den letzten Theil seines Namens im edelsten Sinne für sich in Anspruch nimmt und sich durch ausdrückliche Nichtbeschickung des sogenannten Demokratencongresses vor jedem Zusammenwerfen mit dieser Wähler- und Anarchistenpartei gewahrt wissen wollte, hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, nachstehenden Jurns an das gesammte deutsche Volk zu erlassen. Wir halten es für Pflicht, als Beleg, wie bei uns alle politischen Nuancen ohne Unterschied für denselben Zweck eintreten, dieses auch durch stylistische Vorzüge ausgezeichnete Schriftstück hier mitzutheilen. Dasselbe lautet:

Brüder!

Nicht die Stimme zaghafter um ihre materielle Existenz besorgter oder den großen Errungenschaften der Neuzeit verschlossener Sonderbündler ist es, die aus den deutschen Grenzmarken zu Euch dringt; es ist der Ruf freiheitsglühender deutscher Männer, denen das Heiligthum des Vaterlandes die Weihe der Freiheit ist.

Der Beschluß des deutschen Reichstages vom 27. Juli d. J. machte uns, die wir bis dahin Eure Brüder gewesen waren im Herzen und mit der That, zu Euren Brüdern im Staatenverbände, indem er die Theile des Großherzogthums Pöfen, worin überwiegend deutsches Volk wohnt, dem deutschen Reiche einverleibt, indem er diese Theile abgegrenzt wissen will von denen, in welchen die polnische Nationalität der Zahl nach überwiegt.

Nur Böswilligkeit oder Unkenntniß der Geschichte konnte diesen Beschluß unter die früheren Theilungen Polens reihen; in der That brachte er nichts als das lebendige Recht der Gegenwart zur Geltung, enthält er, — um die schlagenden Worte Wilhelm I. von Jordan zu wiederholen, — nichts weiter als „die Feststellung, wie weit sich Deutschland thatsächlich nach Osten erstreckt, wie weit deutsche Sprache und Gesittung vorgedrungen.“ Wir durften erwarten, daß die Frankfurter Juli-Beschlüsse bei der preussischen National-Versammlung die unbedingtste Achtung finden würden; wir glaubten sicher zu sein, daß die Gesammtheit der preussischen Volks-Vertreter auch die fernsten Söhne Deutschlands vertreten würde, aber wir sahen uns getäuscht zu haben. — Die Verhandlungen des preussischen Reichstages in der Pöfener Frage geben ein trauriges Bild erregter Parteilichkeiten, schwankender Vaterlandsliebe und unklarer Sympathien für eine fremde Nation. Der ganze Gang dieser Verhandlung, mehr noch als ihr Resultat, die Annahme des Phillipschen Amendements zum §. 1. des Verfassungsentwurfs giebt der Behauptung Raum, daß über die Sympathien für eine fremde Nationalität, die für 500,000 Brüder vergessen worden. Das Amendement Phillips selbst aber, welches „den Bewohnern des Großherzogthums Pöfen die ihnen bei der Verbindung des Großherzogthums Pöfen mit dem preussischen Staate eingeräumten Rechte gewährleistet und die Festsetzung dieser Rechte einem besonderen organischen Gesetze vorbehält“, — strebt nach einer territorialen Isolirung des Großherzogthums Pöfen als eines politischen Ganzen, zu welcher das friedliche Vordringen deutschen Geistes in diesem Lande, nicht nur die Veranlassung sondern auch die Berechtigung genommen hat. Das Amendement schweigt mindestens von dem in Frankfurt angenommenen Grundsatz der Demarkation, wenn es denselben nicht durch seine Fassung verneint, oder doch nur nach neuen Kämpfen mit Niederdrückung neuer Hoffnungen der polnischen Nation ausführbar erscheinen läßt.

Es ist unbestimmt, hinhaltend und kann keine der beiden Nationalitäten befriedigen, die dieses Land in trauriger Spaltung bewohnen. Nur die endliche Auseinandersetzung über das Eigenthum dieses Bodens nach den Grundsätzen, welche die Rechte seiner gegenwärtigen nicht seiner künftigen Bewohner diktiren, nur die schleunige und gerechte Feststellung der Demarkationslinie wird diesem Lande die Segnungen des Friedens wieder zuführen.

Sofern der Beschluß der National-Versammlung zu Berlin vom 23. Oktober d. J. in der Pöfener Frage von diesen Principien nicht geleitet wird, so fern er, wie zu befürchten steht, einen Widerspruch gegen den Beschluß des deutschen Reichstages zu Frankfurt a. M. oder doch dessen Verzögerung bezweckt und diese Verzögerung nicht in kürzester Frist durch definitive Ausführung der Demarkationslinie gehoben wird, legt der unterzeichnete Verein gleichgesinnter freier deutscher Männer gegen die Annahme des §. 1. des preussischen Staatsgrundgesetzes in seiner gegenwärtigen Fassung vor ganz Deutschland feierlichst Verwahrung ein. Euch deutsche Brüder aller Staaten ruft er auf, ihn in dieser Verwahrung durch Eure Sympathien, durch Eure Beistimmung zu unterstützen. Es gilt die Entscheidung, ob mehrere Hunderttausende Eurer Brüder an der großen Zukunft des deutschen Vaterlandes Theil nehmen, oder in einer fremden Nation aufgehen sollen, da, wo sie ihr an Zahl überlegen sind. Wir bestreiten hier nicht den Werth dieser Nation, wir untersuchen hier nicht, ob sie uns Zutrauen einflößt. Aber wir wollen frei und selbstständig sein, denn wir haben die Kraft und das Recht dazu und das Vaterland darf uns seine Arme nicht verschließen. Erhebt denn, Ihr Brüder, überall Eure Stimme für unsere Sache; sie ist die Sache der Gerechtigkeit, — der Freiheit; und noch einmal: sie ist die Sache des Friedens. Pöfen, den 31. Okt. 1848.

Der demokratisch-constitutionelle Verein.

CC Berlin, den 31. Okt. Nachdem gestern das Amendement Schneiders: „Der Adel mit seinen Titeln und Zeichen ist aufgehoben“ mit 193 gegen 159 Stimmen verworfen, ist heute das Amendement Behrends „der Adel ist abgeschafft“ mit 200 gegen 153 und das Zusatz-Amendement Mathäi-Borchard, „der Gebrauch adliger Titel und Prädikate in öffentlichen Urkunden ist untersagt“ mit 208 gegen 150 Stimmen angenommen worden. Die Rechte, das Centrum und das rechte Centrum hatten für das Richtersche Amendement gestimmt: „es giebt im Staate weder einen besonderen Adel, Bürger- oder Bauernstand noch sonstige Standesunterschiede“, — welches mit 144 gegen 208 Stimmen durchfiel; sie verworfen consequent die darauf folgenden Amendements Behrend und Borchard, um den Commissionsentwurf anzunehmen.

Die ganze Versammlung war darin einig, daß der Adel als besonders bevorzugter Stand im Staate aufzuhören habe; im Gegensatz zu den beiden linken Fraktionen, welche sich ihr Vorbild aus dem Dessauschen Parlament nahmen, wollte man aber diesen Ausdruck in die mildeste Form kleiden und nicht einwilligen in die kleinliche und willkürliche Verstümmelung der Namen, die schon im Interesse der Sicherheit des bürgerlichen Rechtsverkehrs vermieden bleiben mußte. In der angenommenen Fassung wird der Beschluß unter vielen Theilnehmern unnötig Erbitterung hervorrufen und der Reaktion in die Hände arbeiten. Sehr interessant ist die Thatsache, daß der Abgeordnete von (?) Lieck, welcher in der gestrigen Sitzung der National-Versammlung so eminent für Abschaffung des Adels sich aussprach, vor dem Land- und Stadtgerichte zu Pöfen in Untersuchung schwebt wegen — Annäherung des Adels. — Heute ist wieder einmal ein Tag souveräner Volksbewegung. Der demokratische Congress, der durch den Selbstmord in seinen Sitzungen beinahe schon ganz in Vergessenheit geraten war, bringt die Arbeiter um einen halben, vielleicht um mehrere ganze Tagelöhne. Bereits gestern hatte er in einem, wie gewöhnlich schwebelnden und nebelnden Plakate an das deutsche Volk ausgerufen, den Wienern zu helfen, ohne aber irgend ein Mittel anzugeben. Bereits gestern hatte er in den verschiedenen Clubs, insbesondere im demokratischen Bürgerwehr-Club, anzeigen lassen, daß er zu heute 1 Uhr einen großartigen Volkszug vom Alexanderplatz aus nach dem Schauspielhaus beabsichtige, um den gestrigen Waldeck'schen Antrag: „Die National-Versammlung wolle das Staats-Ministerium suchen, alle Mittel und Kräfte aufzubieten, die in Wien bedrohte Volksfreiheit zu schützen“, dessen Verabreichung zu heute Abend 5 Uhr ansteht, möglichst kräftig zu unterstützen. Sie haben endlich einmal Wort gehalten, die Herren. So eben gegen 1 Uhr bewegt sich der Zug vom Alexanderplatz aus, durch die Königsstraße, über die Schloßfreiheit und den Opernplatz nach dem Gendarmenmarkt. Voran ziehen Arnold Ruge, Diogenes Müller und Karbe nebst einigen andern. Im Zuge selbst wehen die Fahnen des souveränen Lindenkubs und der politischen Ede; eine dritte Fahne sollte die des demokratischen Congresses vorstellen, war aber in der Wirklichkeit, die des demokratischen Bürgerwehr-Vereins; sie war deshalb nicht entfaltet, sondern verbüllt. Der Abgeordnete Waldeck, der Bauern- vielleicht bald auch Arbeiter-König, nahm die Adresse des souveränen Volkes entgegen. Es waren aber zwei Bitten oder Befehle. Denn die Arbeiter hatten nicht allein an Wien, sie hatten auch an sich selbst und ihren Wagen gedacht. Sie gedachten die Gelegenheit zu benutzen, um auf eine nachdrückliche Weise Erhöhung der Accordlöhne zu erzielen. „In dieser Sache, meinte aber der Bauernkönig, würden sie mit einer solchen Demonstration nichts ausrichten.“ Minister Reichenbach und Schulz Delisch gingen ihrem Könige in Anstehung der Parole hülfreich zur Hand. Das souveräne Volk ließ sich indeß draußen vor der Treppe des Schauspielhauses herab von seinen Adonissen und Ganymeden unterhalten. Zuerst theilte Ruge mit: Die Adresse ist dem Präsidenten überreicht; der Abgeordnete d'Estier hat sie zu der feierlichen gemacht und übergeben, damit sie heute Abend 5 Uhr verlesen werde. Zu morgen Abend 4 Uhr möge man sich vor den Zelten versammeln, um den Bescheid entgegen zu nehmen. Es erschallt der stürmische Ruf: Wir gehen nicht vom Fleck! Wir wollen gleich Bescheid haben! Nun gaben sich Diogenes-Müller und Karbe Mühe, dem souveränen Volke begreiflich zu machen, daß zu Allem Zeit gehöre, also auch hierzu; von einem Baum, der eben gepflanzt sei, könne man nicht gleich Früchte brechen. O Unglück! die Lieblinge werden ausgezinkt und dem souveränen Volke Wien's und Berlin's werden Bivar's gebracht. Dennoch zieht es ein Theil des Volkes vor, nach Hause zu gehen; ein anderer, meist Arbeiter, bleibt. Karbe, der vom demokratischen Congress ausgeschlossen, zeigte sich in seinen Reden übrigens praktischer als die Congressmitglieder. Er gab wenigstens ein Mittel an, den Wienern zu helfen. Wir wollen Freischaaren bilden, rief er, wir zahlen dem Staate keine Steuern mehr und verwenden das Geld zur Befolgung dieser Kämpfer für Freiheit und Recht. Dann haben wir dem Staate die Möglichkeit zu existiren genommen und es geht alles nach dem souveränen Willen des Volkes. Diogenes Müller's Stimme war etwas hier- oder schnappsbelegt, und dennoch der Arme mußte sich zum zweiten Male anstrengen. Denn eine halbe Stunde später trafen die Maschinenbauer, mehrere Tausende, ihre Fahnen vorantragend, vor dem Schauspielhaus ein, um sich nach der Lage der Dinge zu erkundigen. Von der einen Seite aufgeföhrt zu bleiben, von der andern nach Hause zu gehen, befolgt der größere Theil das letztere. Die Zurückbleibenden aber mußte Diogenes von Neuem mit seiner cynischen Weisheit haranguiren. — An sämtliche Soldaten der Garnison ist der Befehl ergangen, keine Clubs, insbesondere nicht den Militärreformclub mehr zu besuchen.

△ Berlin, den 31. Okt. Die erschütternden Nachrichten aus Wien konnten hier natürlich nicht mit Gleichgültigkeit aufgenommen werden. Mit derselben Spannung wie nach Wien hatte man nach Frankfurt gesehen und von dort aus irgend einen energischen Schritt erwartet, um das graue Gesicht zu beschwören, das jetzt über Wien hereingebrochen ist. Seit dem 6. Oktober hat der Kampf begonnen, es sind fast vier Wochen verflossen und was hat Frankfurt während dieser Zeit gethan? Die erste und höchste Aufgabe der Centralgewalt ist, Deutschland zu schützen und zu schirmen nach außen hin, und was hat die Centralgewalt gethan gegen die wilden croatischen Horden, die die Reichsgrenzen überschreiten? Es ist die Aufgabe der Centralgewalt, im Innern Deutschlands den Bruderkampf und Bürgerkrieg zu unterdrücken, und sie begnügt sich, zwei Reichskommissaire abzuschicken, die ihre Hände in den Schooß legen. — Hier ist die Theilnahme für Wien außerordentlich, bei den Einen der demokratischen Bestrebungen wegen, bei den Andern wegen des nationalen Kampfes gegen den Slavismus, bei Anderen aus Mitleid mit dem Bedrängten, bei Anderen aus einem Zusammenwirken dieser Faktoren. Der Vorschlag, eine Petition an die hiesige Nationalversammlung zu richten fand daher viel Anklang und Mittags 12 Uhr wurde eine solche, in welcher gefor-

bert wurde, es möge die Nationalversammlung die Sache Wiens zur Sache des Preussischen Volkes erklären, in zahllosem Zuge zur Nationalversammlung gebracht. Der Abgeordnete v. Ester erklärte sich bereit, die Petition zu der seinen zu machen und sie in der Versammlung verlesen zu wollen. Die Versammlung löste sich aber gleich darnach auf einige Stunden auf, will gleich Nachmittag 5 Uhr wiederzusammentreten und dann die Petition in Berathung ziehen. Die Volksmassen auf dem Gensbarmenmarkt indes zerstreuten sich auf die Nachricht von der Vertagung nicht, sondern erklärten, das Ergebnis der Berathung abwarten zu wollen. Bürgerwehr ist in Folge dessen mehrfach zusammengezogen und namentlich im Schlosse zur Reserve aufgestellt.

Berlin, den 1. November. Ein gestern ausgegebenes Extrablatt zur deutschen Reform enthält Folgendes über die Wiener Vorgänge:

Am 28. begann der Angriff auf diejenigen Vorstädte, wo der geringste Widerstand zu erwarten war. Offenbar hatte Windischgrätz den Plan, den Bürgern von Wien Gelegenheit zu geben, sich in der genommenen Vorstädten zu versammeln und von den Bewaffneten in der Stadt zu sondern. Beim Angriff wurden Raketen und Granaten hineingeworfen, auch einige Bomben, so daß einige Häuser in Brand geriethen. Der Kampf in den Vorstädten Landstraße und Erdberg bestand meistens aus Scheingriffen; aus den Häusern warf man den Soldaten Blumen zu. Ein Theil der Nationalgarde muß seine Waffen fortgeworfen haben, denn man fand große Massen davon im Fluß. Jellachich hielt auf der Landstraße eine Rede an die Bürger von Wien, die ihr Zutrauen erweckte. Die Arbeiter dagegen (die Mobilgarde) kämpften mit großer Tapferkeit. Am Abend des 28. hatte Windischgrätz die Vorstädte Erdberg und Landstraße und den Gloggnitzer Bahnhof genommen und war bis zur Franzensbrücke vorgerückt, so daß seine Batterien die ganze Jägerzeil beschnitten. Um 7 Uhr hielt auch Jellachich seinen Einzug und brachte die Nacht in dem Gasthause „die goldne Birne“ zu, wie er Abends zuvor vorausgesagt haben soll. In der Nacht vom 28. zum 29. besetzte Windischgrätz das Belvedere, den Schwarzenbergischen Garten und auf der andern Seite die Jägerzeil und Leopoldstadt. Man hörte nur klein Gewehrfeuer, und auch das nur vereinzelt. Am Morgen des 29. begann der Angriff auf die zum Widerstande entschlossenen Vorstädte Wieden, Mariabühl und Schottenfeld. In Wieden wurde der meiste Schaden angerichtet. Gleichzeitig stieg aus dem Innern der Stadt eine Rauchsäule hervor, ein Nothsignal, das die Ungarn, wiewohl vergeblich, zu Hilfe rief. Der Ungarische Vortrab hatte sich zwar gezeigt, aber ohne allen Angriff sich sogleich wieder nach Bruck zurückgezogen. Der Pole Bem an der Spitze der Studenten, hatte sich in das Innere der Stadt zurückgezogen und schien zum weiteren Kampf entschlossen. Doch hatten die Studenten schon Tags zuvor ihre Abzeichen und Hüte abgelegt, um äußerlich nicht kenntlich zu sein. Am Vormittag des 29. ließ Windischgrätz den Kampf einhalten und gewährte eine Frist. Augenblicklich kamen zahlreiche Parlamentäre, denen gegenüber er auf die schon früher geforderte Entwaffnung der Arbeiter und Studenten bestand. Die Mitglieder des Reichstages, Pillersdorf und Potocki, die von Olmütz zurückkehrten, ohne den Kaiser gesprochen zu haben, verlangten eine Unterredung mit Windischgrätz; er ließ sie jedoch nicht vor sich. Gegen Mittag kamen drei Wagen mit Parlamentären an. Sie fanden ihn nicht, da er mit seinem Stabe nach Bruck geritten war, um die Stellung des ungarischen Vortrabs zu recognosciren. Die Parlamentäre fuhren ebenfalls dahin und man erwartete am 29. Nachmittag mit Spannung ihre Rückkehr.

Dessau, den 29. Okt. Gestern war im Sonderlandtag der §. 11. über die Civilliste auf der Tagesordnung. Als man sich schon ziemlich dahin geeinigt hatte, daß der Landtag die Vorlagen des Ministers annehmen wolle, wurde angezeigt, daß der Herzog die Vorlagen zurückziehen, alle Domänen, Güter und Forsten als sein Eigenthum in Anspruch nehmen und mehrere Punkte der Verfassung nicht sanctioniren werde. Vergeblich hatte sich das Ministerium bemüht, diesen gefährlichen Entschluß des Herzogs zu ändern. Der Minister Habicht versuchte noch einmal, den Herzog von dieser plötzlichen Sinnesänderung, die gewiß seinem Herzen nicht entsprungen war, abzubringen. Unterdeffen wurde die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagt. Mit banger Erwartung sah man der Rückkehr des Ministers entgegen. Er kam und verkündete öffentlich, was der Versammlung schon vorher mitgetheilt war, daß der Herzog bei seinem Entschlusse beharre. Eine gewaltige Aufregung bemächtigte sich aller Gemüther, und gespannt horchte das Publikum, was der Landtag nun thun werde. Die Abgeordneten brachten dem Minister Habicht, den sie für schuldlos an der Sache erkannten, ein vertrauensvolles Lebehoch, in welches alle Anwesende einstimmten. Auf Fiedler's Antrag wurde sogleich beschlossen, einen allgemeinen Landtag einzuberufen und deshalb eine Deputation nach Rötzen geschickt. Die stürmisch bewegten Zuhörer trugen die betreibenden Nachrichten hinaus auf die Straße. Wie ein Lauffener gingen die Mittheilungen durch die Stadt. Ueberall bildeten sich Gruppen voll der heftigsten Aufregung und zogen in großen Haufen vor das Schloß, ohne daß sie sich jedoch ungesetzliche Schritte erlaubten. Das Ministerium, mehrere Deputirte und andere Bürger, bestürmten den Herzog von Neuem, und endlich um halb 1 Uhr gab er nach, indem er erklärte, daß er den §. 11. wieder annehmen wolle. Hinsichtlich des §. 11. Paragraphen wurde beschlossen, daß der Herzog, außer dem Einkommen von seinen Gütern im Auslande, eine Civilliste von 120,000 Thlrn. erhält, die auf die Domänen und Forsten eingetragen werden, aus deren Ertrag außerdem auch die anderen Hofausgaben, namentlich auch die 22,500 Thlr. für das Theater und die Capelle, ihre Erledigung finden. Die neue Finanzperiode wird den 1. Juli 1849 beginnen. Heute hat nun die Verfassungsurkunde die Sanction des Herzogs erhalten, und ist unverändert angenommen worden. Zwei gleichlautende Abschriften, eine für Dessau, die andere für Rötzen, sind vom Herzog unterzeichnet worden. Gegen die Mediatistung wird in allen Gemeinden eine Adresse nach Frankfurt unterzeichnet. Man hofft jedoch auch, daß in Frankfurt nicht ein so unseliger Schritt geschehen werde.

Frankfurt a. M., den 29. Oktober. Was ich neulich über das zu erwartende Resultat bei Abstimmung über §. 2. und 3. der Reichsverfassung mitgetheilt hatte, ist jetzt vollständig eingetroffen. Mit sehr großer Majorität ist beschlossen, daß Deutschland ein Bundesstaat sein soll, und daß die Verbindung außer Deutscher Länder mit Deutschen Staaten nur in der Form der Personalunion zulässig ist. Es ist nicht daran zu denken, daß dieser Beschluß, für den sich $\frac{2}{3}$ der Versammlung erklärt haben, jemals abgeändert werden sollte. Damit verliert auch der neuerlich in Berlin widersinniger Weise im Betreff des Großherzogthums gefasste Beschluß alle Bedeutung. Er wird allerdings dazu dienen, dem Geiste der Unruhe in der Provinz neue Nahrung zu geben; allein eine wirkliche praktische Bedeutung wird derselbe wie gesagt nimmermehr erlangen. Ueber das Benehmen der Berliner Versammlung herrscht hier allgemein nur eine Stimme der größten Indignation. Die Unfähigkeit dieser Gesellschaft ist glänzender denn je zu Tage gekommen. — Ich hoffe, man wird es von dort aus nicht an energischen Schritten fehlen lassen, um der Berliner Versammlung zu zeigen, wie ihr desfallsiger Beschluß aufgenommen worden ist. Aus den Zeitungen werden Sie ersehen haben, daß zum Reichskommissar behufs Feststellung der Demarkationslinie der Hessische General Schäfer bestimmt ist, der diese Mission auch angenommen hat. Es ist die Absicht, daß sich derselbe an Ort und Stelle nach Posen begeben soll, sobald die Preussische Regierung erklärt haben wird, daß die Vorarbeiten ihrerseits beendet seien, was endlich in der nächsten Frist zu erwarten steht.

Die Haupttagesfrage, die Alles andere in den Hintergrund drängt, ist jetzt hier die Oesterreichische Frage. Das entscheidende Votum der Nationalversammlung ist nach einer achtägigen Debatte, während deren eine Reihe der glänzenden Reden gehalten worden, endlich erfolgt. Es giebt fortan nur zwei, drei Möglichkeiten, entweder Auflösung der Oesterreichischen Gesamtmonarchie, oder Ausscheiden Oesterreichs aus dem Deutschen Bundesstaat in der Art, daß es mit uns in ein bloßes Vertragsverhältniß tritt. Die letztere Alternative ist wohl die ungleich wahrscheinlichere; es war aber vom nationalen Standpunkt aus natürlich ganz unmöglich, daß unsere Versammlung hierin die Initiative ergreifen konnte. Ein solches Zwittersverhältniß, wie es H. v. Gagern und einige Andere im Sinne haben, wird nun und nimmermehr zu Stande kommen. Gagern hat sich leider auf einen Standpunkt gestellt, den mit ihm nur die äußerste Rechte und die schwarzgelben Oesterreicher theilen; sein Ansehen in der Versammlung hat dadurch einen schweren Stoß erlitten. — Es wurde alles Mögliche Seitens des Präsidiums und des ministeriellen Anhangs aufgeboten, um den Gagernschen Ansichten Eingang zu verschaffen, und man verschmähte sogar nicht allerhand parlamentarische Manoeuvres um zum Zweck zu gelangen — allein vergebens. Es wird sich fortan überhaupt noch öfters zeigen, daß in Verfassungsfragen die Centren der Nationalversammlung mehr mit der Linken als mit der Rechten sympathisiren, während in Verwaltungsfragen das Gegentheil der Fall ist. Dies dürfte denn auch zu dem glücklichen Resultate führen, daß die gemäßigte Linke mehr zur Bestimmung kommt, und sich von der Verbindung mit der äußersten Linken losläßt. Eine derartige Tendenz ist bereits ganz entschieden vorhanden. Als Belag dafür führe ich an, daß die Fraktionen des Deutschen Hauses und Westendhall sich gegen den Berliner Demokratenkongreß erklärt haben; ebenso ist es einer Einwirkung von hier aus zuzuschreiben, daß die Linke der Württemberger Kammer den Berliner Demokratenkongreß nicht beschickt hat. — Dieser Congreß wird offenbar nur dazu beitragen, die Hauptwähler ans Tageslicht zu ziehen, und diese Subjekte nebst ihrem Anhang bei allen denjenigen um jeden Kredit zu bringen, die noch so viel Vernunft haben, daß sie nicht der offensbaren Anarchie in die Hände arbeiten wollen.

N. S. Nächste Woche kommt im Parlament die Mediatistungsfrage zur Sprache. Ich glaube, daß man Bedacht nehmen wird, unter den überflüssigen kleinen Fürstenthümern etwas aufzuräumen; in welcher Form dies möglich sein wird, steht noch dahin.

Die Nachrichten aus Tyrol gewinnen an Bedeutung. Der Mangel einer Regierung am Centralorte des Kaiserstaats und die Gefahr eines neuen Kriegs in Italien, auf den Wälschtyrol offen sein Abfallgelüste baut, vermehren die dortigen Stimmen: daß Tyrol im Fall der Noth durch einen von Frankfurt zu entsendenden Reichskommissar im Einvernehmen mit einem Ständeausschuß verwaltet werde. Die Innsbrucker Zeitung und der Tyroler Bote sprechen diesen Wunsch aus.

Prag, den 27. Oktober. Die heutige Narodni Nowiny veröffentlicht die Antwort der Slowanska Lipa auf die bereits mitgetheilte Adresse des Banus. Viele hielten sie ihres unbegreiflichen Inhalts wegen für falsch, und wollten es gar nicht glauben, daß der Banus so unvernünftig handeln könne. Diese Antwort jedoch, die von der Slowanska Lipa gewiß nur nach reiflicher Ueberzeugung von der Echtheit dieses Schreibens erlassen wurde, hebt allen Zweifel. Darin erklärt die Slowanska Lipa Wien für den „Hauptsteg der Feinde des Slaventhums.“ Sie dankt dem hohen Banus dafür, „daß er deutlich erörtert hat die (deutsch-feindlichen) Absichten seines heldenmüthigen Heeres, welche die Blicke der Slowanska Lipa nicht hell genug durchschaut haben würden.“ „Wir verstehen die Handlungsweise Ew. Exc. und werden selbe vertheidigen mit Wort und That.“ Am Schluß spricht die Slowanska Lipa die Bitte aus, der Ban möge den Slowaken, diesem gedrücktesten Slavischen Volksstamme, seine Hülfe in dieser größten Zeit der Noth angedeihen lassen.

M u s l a n d.

Frankreich.

Paris, den 28. Okt. National-Versammlung. Sitzung vom 28. Okt. An der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Berathung Betreffs der Präsidentenwahl. Der Art. 1. soll zur Gesamt-Abstimmung kommen. Zuvor werden einige Amendements verworfen, der Zusatz jedoch angenommen, daß jede Wahl-Abtheilung mindestens 1000 Stimmende enthalten muß. Den Vorsitz in den Wahlabtheilungen führen der Friedensrichter, seine Stellvertreter und in deren Ermangelung die Maires und deren Gehülfen. Der Art. 1. wird in den, durch die Amendements herbeigeführten Aenderungen angenommen. Der von der Aufstellung und Aufstellung der Wahllisten handelnde §. 2. wird mit dem Zusatz, daß die in Paris durch ihre Geseßgebungs-Thätigkeit zurückgehaltenen Abgeordneten bei dem Seine-Departement stimmen, angenommen. Ebenso Art. 3., welcher von den

Stimmlisten der Militärpersonen spricht, ferner Art. 4. und 5. über Einsammlung und Gültigkeit der Stimmzettel. Art. 6. lautet: Nach der Verifizierung der Vollmachten des Präsidenten und seiner Einführung tritt er in Ausübung der Rechte, welche ihm durch die Verfassung zugesprochen sind, mit Ausschluß jedoch des ihm durch den Artikel 57. gewährten Sonderrechts. Nach längerer Debatte wird ein Amendement des Herrn Deslongrais angenommen, wonach die Versammlung alle ihre heutigen Befugnisse mit Ausschluß der dem Präsidenten unwiderruflich und in keinem Falle rücknehmbar übertragenen ausübenden Gewalt beibehält. (Die Sitzung dauert fort.) Die Bureaux haben heute mehrere Commissionen ernannt. — Die Verfassungs-Commission hat eine Sitzung zur Neu-Redaktion der Verfassung gehalten. Man behauptet, es solle ein Amendement eingeschoben werden, welches die Präsidentsur der Regierung den Mitgliedern der vormaligen Herrscher-Familien Frankreichs entzieht. Nächsten Dienstag wird die Versammlung öffentlich darüber berathen. Ehe die Verfassung Gesetzeskraft erhält, bedarf sie einer zweiten Lesung.

— Cavaignac gab vorgestern Abend seine gewöhnliche Wochen Soiree mit Konzert, Tanz und Ball. Sibour, der neue Erzbischof, wohnte dieser Soiree bis zu dem Augenblicke bei, wo sich die Damen zum Contre-Tanze aufstellten.

— Die Regierung hat beschlossen, daß die neue Verfassung in Marmor eingehauen, in jedem Gemeindefaal Frankreichs da angebracht werden soll, wo früher die Büste des Königs stand. — Mehrere Bischöfe ordnen Kirchengebete für den glücklichen Ausfall der Präsidentswahl an.

Spanien.

Madrid, den 23. Okt. Gestern Abend um 9 Uhr begab ein anständig gekleideter Mann sich in den königlichen Palast, stieg eine der zu der Wohnung der Königin führenden Treppen hinauf und begann an die Thüre zu klopfen. Die auf den Lärm herbeieilende Wache verhaftete ihn; man gewahrte aber bald aus seinen verwirrten Aeußerungen, daß der Unglückliche an Geisteszerrüttung litt. Als bald erkannte man in ihm den schätzbaren Cortes-Deputirten für Saragossa, D. Mariano Montañes. Auf der Polizei-Direktion ließ man seinen Geisteszustand durch Aerzte untersuchen.

— Nachrichten aus der Havana, welche bis zum 8. gehen, zufolge, herrschte auf Cuba die vollkommenste Ruhe, und der Handelsverkehr, der bisher durch die Europäische Krisis sehr gelitten hatte, fing wieder an, sich zu heben. Seit dem Kriege von Yucatan hat die Einwanderung nach Cuba bedeutend zugenommen, und man erwartet, durch sie dem Ackerbau auf der Insel bedeutenden Vorschub zu leisten. Die Yucatecos sind unstreitig der asiatischen und afrikanischen Race, die man bisher auf Cuba gebraucht hat, bei Weitem vorzuziehen: sie sind von Hause aus an das Klima gewöhnt, beweglich, fugsam, kräftig und verständig. Nach den Berichten im Faro industrial hat die R. Ackerbau-Junta 1200 Colonisten von Yucatan, worunter 600 Unverheirathete und 300 Verheirathete, kommen lassen, ihre Ueberfahrt bezahlt und sie den einzelnen Gutsbesitzern, gegen monatlichen Contract, Nahrung und Kleidung eingeschlossen, zugewiesen. Aus Puerto principe wird gemeldet, daß dort von den canarischen Inseln eine bedeutende Menge Colonisten von jedem Alter und Geschlecht eingetroffen ist. Die Nachrichten aus Yucatan selbst lauten befriedigend. Die Horden von Barbaren, welche das Land mit Feuer und Plünderung verheerend heimsuchten, sind zerstreut, und die Orte Bacalar und Pustunich genommen worden. Vier spanische Meilen von Valladolid sind die Indianer ebenfalls geschlagen worden. Die Insurrektion scheint sich besonders nach dem südlichen Theile der Halbinsel gezogen zu haben.

Großbritannien und Irland.

London, den 26. Oktober. Zu den am 24. hier angekommenen 700 französischen Nationalgardien sind vorgestern noch 500 hinzugekommen, welche jetzt die Straßen der Stadt durchziehen. Nach einer Angabe in der Morning Post soll eine Deputation der Pariser Nationalgarde sich eine Audienz bei Ludwig Philipp erbeten haben, um ihm ihr Bedauern über seine Entfernung aus Frankreich auszusprechen, auch soll Ludwig Philipp diese Deputation wirklich empfangen haben. Nach einer andern Erzählung hätte nur die Neugierde einen Theil der nach London gekommenen Nationalgarde nach Claremont geführt und ihr Zweck sei kein anderer gewesen, als den jetzigen Aufenthaltsort des Grafen von Arundell einmal zu sehen. Der Lordmajor empfing gestern eine, aus 3- bis 400 französischen Nationalgardisten bestehende Deputation, an deren Spitze der Commandant den Dank seiner Gefährten für die gastfreie Aufnahme in England aussprach. Der Lordmajor drückte in seiner Dankrede den Wunsch aus, daß Friede und Freundschaft zwischen den beiden großen Nationen, zum Heile der Welt, erhalten bleiben. Der Commandant sagte zum Schluß, wie er sich der Hoffnung hingabe, daß die Mitglieder des Londoner Stadtraths ihnen, den Nationalgardisten, in Paris einen Gegenbesuch abstatten werde. Der französische Gesandte hatte der Deputation eine schriftliche Empfehlung an den Lordmajor gegeben.

London, den 27. Okt. Vorgestern wurde von der Gerichts-Kommission in Dublin einer der drei Klubisten, die im verfloffenen Juli ein Attentat gegen den Konstabler Byrne in Georges-Street machten, schuldig befunden, diesen Konstabler, in der Absicht, ihn schweren körperlichen Schaden zuzufügen, verwundet zu haben. Von der Absicht des Tödtens wurde er freigesprochen. Der Urtheilspruch wird, wie der Stendart berichtet, auf lebenslängliche Deportation lauten. Gestern sollte der Prozeß gegen seine Mitangeklagten an die Reihe kommen.

Italien.

Wie es zu erwarten stand, ist der Sturm in Livorno wieder losgebrochen. Der Großherzog zögert mit der Bildung eines Cabinets, wahrscheinlich, weil er die Entscheidung der Wiener Ereignisse abwartet, und damit sind die Livornesen nicht einverstanden. Toscana ist jedenfalls zu einer Erhebung bereit, welche dem Herzoge im Falle ernstlicher Complicationen den Thron kosten dürfte.

Dem neapolitanischen Ministerium war von den in Messina verbliebenen fremden Handelsconsuln eine lange Liste der durch das Bombardement ihren Etablissements zugefügten Schäden eingereicht. Die Consuln bringen auf Wiedererstattung, mit der man indessen jenseits zaudert.

Schweiz.

Bern, den 25. Okt., Abends $\frac{1}{2}$ 10 Uhr. (B. 3.) Die Regierung von Freiburg berichtet an die hiesige Regierung, daß im oberen Theile des Kantons die Insurrektion ausgebrochen und der Präsekt von Chatel St. Denis gefangen sei. Die dortigen Kanonen wurden von den Insurgenten abgefaßt. Die Zahl der Letzteren belief sich auf nahe an 1000, die bewaffnet über Rne vorrückten. Sie verlangt ein Bataillon Hülfstruppen, so wie sie ein solches auch von Waadt begehrt habe. Der Regierungsrath hat diesem Ansuchen entsprochen und das Aufgebot erlassen. Der Vorort hat, um sich über den Stand der Dinge genau zu erkundigen, Gen. Regierungsrath Ohsenbein als Kommissar hinzuschicken beschlossen. — Nachschrift: Aus Freiburg erhalten wir heute Abend den 25. folgende Nachrichten: Bereits gestern rückten vier Waadtländer Bataillone und eine Artillerie-Compagnie an zwei verschiedenen Stellen in den Kanton Freiburg ein. Beim Erscheinen der Truppen warfen die Insurgenten die Waffen weg und zerstreuten sich, so daß die Ruhe hergestellt ist. Heute Morgen gab ein falscher Lärm, daß die Bauern im Annarsch gegen die Stadt seien, den Grund zur Errichtung einer Barrikade an der großen Drathbrücke, wohl die erste in der Schweiz. Dem Bischof wurde heute Nacht der Wagen vor sein Hotel geführt, mit dem Bedenten, daß er den Kanton sofort zu verlassen habe, was er auch sofort that, indem er den Wagen bestieg und seinen Weg nach Peterlingen nahm. Nach diesen Berichten wird das Berner Bataillon sogleich entlassen werden.

Zürich, den 25. Okt. Mehr noch als die Wahlen fängt nach und nach eine andere Frage an, die Gemüther zu erhitzen, die Frage der Bundesstadt, um welche die drei Vororte als eifrige Bewerber und Freier auftreten. Bern wäre es unerträglich, wenn es übergangen würde, und es wird Alles ausbieten, um den Sieg zu erlangen; Zürich, das bis jetzt wohlweislich geschwiegen hat, wird gerüstet in die Schranken treten und ist durchaus nicht gewillt, vor den, allen Widerspruch von vorn herein ausschließenden, Ansprüchen Berns zurückzutreten. Auch Luzern hat seine Absichten, wenn nämlich Bern den Sieg nicht erlangte und die Mehrheit sich doch scheute, Bern durch die Wahl Zürichs tödtlich zu verletzen; in diesem Fall könnte Luzern durch eine Art von Compromiß beider Hauptparteien unerwartet die Palme davouttragen. Es ist ein großes Glück, daß die Tagsatzung den Entscheid über diese Frage der künftigen Bundesversammlung überlassen hat.

Dänemark.

Kopenhagen, den 25. Okt. (H. R.) Der Entwurf zu einem Staatsgrundgesetz für das Königreich Dänemark besteht aus 8 Abschnitten in 80 Paragraphen. Die Regierung ist eingeschränkt monarchisch, die Königsgewalt erblich. Volkstheokratie ist die evangelisch-lutherische und wird als solche vom Staat unterhalten. Die gesetzgebende Macht ist bei König und Reichstag vereint, die ausübende beim König allein, die gerichtliche bei den Tribunalen. Die Erbfolge des Königsgesetzes bleibt in Kraft und kann nur auf Vorschlag des Königs mit Zustimmung des Reichstages wozu wenigstens drei Viertel der Stimmen gehören, verändert werden. Der König kann ohne Genehmigung des Reichstages in keinem anderen Staate als Holstein und Lauenburg Regent sein. Er muß der evangelisch-lutherischen Kirche angehören, ist mit dem achtzehnten Jahre mündig und kann die Regierung vor Beschwörung des Grundgesetzes nicht antreten. Ist er regierungsunfähig, so ernannt der Reichstag mit drei Vierteln der Stimmen einen Regenten, wie auch im Fall der Unmündigkeit. In Ermangelung eines Thronfolgers wählt der Reichstag einen König und setzt die Erbfolge fest. Die Civilliste wird für die Dauer der Regierung bestimmt; Apanagen dürfen außerhalb Landes nicht verzehrt werden. Die übrigen Bestimmungen weichen von den meisten Constitutionen wenig ab. Der Reichstag besteht aus einem Volksting und einem Landesthing. Das Wahlrecht hat jeder unbescholtene Eingeborene mit dem 30. Jahre. Die Wählbarkeit zum Volksting tritt mit dem 25., zu dem Landesthing (einer Art von Senat) mit dem 40. Jahre ein. Den Schluß bilden die Grundrechte der Bürger: alle Glaubensbekenner sind gleichberechtigt, alle Standesvorrechte hören auf, und es dürfen keine Lehn- und Fideikomisse gebildet werden.

Schweden und Norwegen.

In Norwegen fängt man an, die Katholiken etwas duldsamer zu behandeln; vor 8 Jahren brang ein katholischer Missionär — seit Gustav Wasa der erste — dort wieder ein, ohne daß dafür das damals noch bestehende Gesetz durch den Strang an ihm vollzogen worden wäre. Heute giebt es dort eine katholische Gemeinde mit einem Priester und siebenhundert Laien.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung.

Neunzigste Sitzung, vom 31. Oktober.

Präsident v. Arnub eröffnet die Sitzung um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. — Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und ohne Erinnerung angenommen. — Die Prioritätskommission tritt zusammen, um über die Dringlichkeit eines für heut Abend angekündigten schleunigen Antrages Beschluß zu fassen.

Man schreitet zur nochmaligen Abstimmung über die Ueberschrift des ersten Titels der Verfassungsurkunde: „Vom Staatsgebiet.“ Sie wird angenommen. — Darauf folgt die nochmalige Abstimmung über Artikel

2.: „Die Grenzen dieses Staatsgebietes können nur durch ein Gesetz verändert werden.“ Wird einstimmig angenommen.

Sodann geht man in der Abstimmung über den zweiten Satz des Artikels 4. weiter, und zwar stimmt man zunächst über das Kielsche Amendement ab, welches lautet: „Es giebt im Staate weder einen besonderen Adel, Bürger- oder Bauernstand noch sonst Standes-Unterschiede oder Standes-Vorrechte.“ Ueber dieses Amendement findet auf Antrag der Abg. Moritz und Jonas (Berlin) namentliche Abstimmung statt. Dabei wird das Kielsche Amendement mit 208 gegen 144 Stimmen verworfen; 49 Abgeordnete fehlten, Einer (v. Unruh) enthielt sich der Abstimmung.

Darauf folgt das Waltersche Amendement: „Es giebt vor dem Gesetze keine Vorrechte der Geburt, des Ranges oder Standes.“ Es wird verworfen und der zweite Satz des Abtheilungs-Entwurfs: „Es giebt im Staate weder Standesunterschiede noch Standesvorrechte“, fast einstimmig angenommen.

Ueber das Berendsche Amendement: „Statt der Worte: „noch einen besonderen Adelsstand“ zu setzen: „Der Adel ist abgeschafft.“ — findet auf Antrag der Abg. Kämpf, Pax, Quandt und Schulze (Delitzsch) namentliche Abstimmung statt. Dabei wird dieses Amendement mit 200 gegen 153 Stimmen angenommen; 47 Abgeordnete fehlten, 2 (v. Unruh und v. Wangenheim) enthielten sich der Abstimmung.

Nachdem hierauf Vicepräsident Bornemann den Vorsitz übernommen, erfolgt die Abstimmung über das Amendement der Abgeord. Borchardt und Matthäi: „Die hohe Versammlung wolle folgenden Zusatz zu diesem Artikel beschließen: „der Gebrauch adeliger Titel und Prädikate in öffentlichen Urkunden ist untersagt.“ — Auf Antrag der Abg. Borchardt, Bauer (Adelmann), Matthäi, Quandt und Zenker findet namentliche Abstimmung statt. Dabei wird das Amendement mit 208 gegen 115 Stimmen angenommen; 72 Abgeordnete fehlten, 7 enthielten sich der Abstimmung.

Hierauf erfolgt die zweite Abstimmung über die Eingangsworte der Verfassungsurkunde: „Wir, Friedrich Wilhelm, König von Preußen, verkünden hiermit die von den Vertretern des Volks durch Vereinbarung mit uns festgestellte Verfassung.“ — Wird wiederholt angenommen.

Man geht dann zur Discussion der zum Art. 4. gestellten Zusatz-Amendements über. Es sind dies namentlich: das Amendement Jung: Zu Artikel 4 als 3. Satz: „Orden, so wie Titel, die nicht bloß das Amt bezeichnen, können nicht mehr ertheilt werden“, und das dazu gestellte Unter-Amendement der Abg. D'Estier und Schornbaum: „Nationalbelohnungen dürfen nur durch ein Gesetz ertheilt werden.“

D'Estier: Die Titel und Orden erinnern an die Zeit eines Staatsgebäudes, das man bewundern aber nicht nachahmen kann. Die Hausorden wollen wir allerdings nicht abschaffen, aber es wird Jeder das Recht haben, seinen Kindern in der Wiege auch einen Hausorden umzuhängen, wenn ihm dies sonst Spaß macht. Die Verdienstorden sind gefährlich, und auch bisher schon als bedeutendes Bestechungsmittel verwandt worden.

Es erfolgt die Abstimmung. Ueber den ersten Theil des Jung'schen Amendements wird namentlich abgestimmt und die Frage: Beschließt die hohe Nationalversammlung, daß Orden nicht mehr ertheilt werden können? mit 196 gegen 140 Stimmen bejaht. Gefeßt hatten 66. — Ebenso wird der 2te Theil des

Jung'schen Amendements, „daß Titel, welche nicht bloß das Amt bezeichnen, nicht mehr ertheilt werden können“, fast einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr. — Die nächste Sitzung Abends 5 Uhr.

Berlin, den 31. Oktober. Abendsitzung der National-Versammlung. Die Sitzung wird um 5 Uhr unter dem Vorsitze des Präsidenten eröffnet, es liegt vor ein Antrag der Abg. Reuter, Waldeck, Messerich, Sliba, Berends, Guitinna, Gladbach, Scholz (Bunzlau), Plath, Schulz (Wanzleben), Joh. Becker, Peters, Luz, Körffgen, Dierschke, Pinost, Behnisch, Brill, Borchardt, Schornbaum, Zenker, Schmidt (Landshut), Dr. Boock, Otto (Liegnitz), Liefiecki, Temme, Knir, S. Müller, Elfinger, Oppelt, Anwandter, Mege, Esser, Dr. Schramm, D'Estier, Jacoby und Reichenbach. „Die hohe National-Versammlung wolle beschließen: daß das Staats-Ministerium aufzufordern, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehende Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten. Gleichzeitig ist ein Antrag der Abgeord. Rodbertus, v. Berg, Kämpf, Arns, Born, Bergmann, Ludwig, Albrecht, Fischer (Münster), Ulrich (Anklam), Roetscher, v. Neegow, Wolff, Kiel, Hildenhagen, Uhlich, Bücher, Schulze (Delitzsch), Junke (Hagen), Witt, Biesener, Jarobel, Thümmel, Müller (Zell), Pax, Schneider, Pilel, Elkmann, Heisig, Tarzanowski, Diegfa, Neumann, Dörff, eingebracht, welcher lautet: die Versammlung wolle beschließen: Sr. Majestät Regierung aufzufordern, bei der Centralgewalt schnelle und energische Schritte zu thun, damit die in den Deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfreiheit und die bedrohte Existenz des Reichstags in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde. Ferner ist ein Amendement des Abgeord. Dunker gestellt: Die Regierung Sr. Majestät aufzufordern, bei der Deutschen Centralgewalt mit Entschiedenheit dahin zu wirken, daß nicht in Folge der neuesten Wiener Ereignisse die Freiheit und Nationalität eines Deutschen Brudersammes gefährdet werde. Bei Eröffnung der Sitzung wird ein Schreiben des Minister-Präsidenten verlesen, welches lautet: Sr. Majestät der König haben den von der Nationalversammlung berathenen Entwurf betreffend die Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grund und Boden vollzogen und wird der Abdruck in der Gesetzesammlung veranlaßt werden. (Anhaltendes Bravo.) Auch wird eine Königl. Botschaft, betreffend die Vorlage eines Gesetz-Entwurfs über die Regulirung der mit Mühlen-Grundstücken verbundenen Abgaben und Leistungen verlesen. Hierauf beginnt die Debatte über den Antrag Waldecks, Rodbertus und des Amendements Dunker.

Nachdem man bis gegen 9 Uhr debattiert hatte, schreitet man zur Abstimmung, welche bei sämtlichen Fragen durch Namensaufruf erfolgt. Der Antrag Waldecks und Genossen wird mit 230 gegen 113 Stimmen verworfen. 59 Mitglieder fehlten. Das Amendement Dunker wird gleichfalls mit 164 gegen 181 Stimmen verworfen, 57 Mitglieder fehlten. Dagegen wird der Antrag des Abg. Rodbertus und Genossen mit großer Majorität, und zwar mit 261 gegen 52 Stimmen angenommen. 88 Mitglieder fehlten, 1 enthielt sich der Abstimmung. Schluß der Sitzung 10 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag früh 9 Uhr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Senfel.

An Beiträgen zur Deutschen Flotte sind ferner eingegangen: Von dem hiesigen Stadtverordneten-Kollegium 25 Rthlr. 5 Sgr.; von den Beamten des hiesigen Königl. Land- und Stadtgerichts 6 Rthlr. 5 Sgr.; von einem Ungenannten 5 Sgr.; von Herrn Forstmeister Müller 2 Rthlr.; von Herrn Intendantur-Secretair Neumann 1 Rthlr.; von Herrn Intendantur-Secretair Günter 15 Sgr.; von Herrn Schmidt 15 Sgr. — Im Ganzen sind bis jetzt eingekommen 545 Rthlr. 22 Sgr. 6 Pf., wobei gleichzeitig bemerkt wird, daß die Sammlung noch fort dauert, an der sich im Interesse des deutschen Vaterlandes noch Viele betheiligen wollen.

Posen, den 1. November 1848.

Das Comité zur Sammlung von Beiträgen für die Deutsche Flotte.

Die Lieferung des Brod- und Semmel-Bedarfs für die städtischen Institute auf das Jahr 1849 soll im Termine

den 7ten November d. J. Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause an den Mindestfordernden ausgethan werden.

Die Bedingungen können in unserer Registratur eingesehen werden.

Posen, den 28. Oktober 1848.

Der Magistrat.

Aufgebot.

Dem ehemaligen Landgerichts-Secretair Dalsti ist im November 1841 in Erzeszno, oder auf der Reise dahin, der dem Gutsbesitzer v. Rozanski zu Padniewo angeblich gehörige Posener 3½ prozentige Pfandbrief No. 92/1306. Groß Gutto- wy, Kreis Breschen, über 100 Thlr. verloren gegangen. Der Inhaber dieses Pfandbriefes wird hierdurch aufgefordert, sich bis zum achten Zinszahlungs-Termin, welcher, von der ersten bereits erfolgten landständlichen Bekanntmachung abgerechnet, am 16. Februar 1849 abläuft, und in dem zu diesem Zwecke auf den 3. März 1849 Vormittags um 10 Uhr in unserem Instruktions-Zimmer vor dem Oberlandes-Gerichts-Referendarius Nap-

pold anberaumten Termine zu melden, oder die gänzliche Amortisation des Pfandbriefes zu gewärtigen. Posen, am 19. August 1848.

Königliches Ober-Landesgericht.
Abtheilung für Prozeß-Sachen.

Bekanntmachung.

Am 27ten November c. früh um 10 Uhr sollen durch den Rentanten Kurzhals in unserm Geschäftszimmer No 2. verschiedene Möbel und andere Geräthschaften gegen gleich baare Zahlung öffentlich verkauft werden.

Posen, den 24. Oktober 1848.

Königliches Land- und Stadtgericht.
Erste Abtheilung.

Zur Sicherstellung der Verpflegung der Kranken im hiesigen Garnison-Lazareth pro 1849 im Wege der Licitation, haben wir einen Termin auf den 9ten November c. Vormittags 10 Uhr in unserm Geschäftszimmer angesetzt, wozu qualifizierte und kautionsfähige Unternehmer erbenst eingeladen werden.

Die specielle Uebersicht der zur Verdingung kommenden Gegenstände, so wie die Bedingungen können täglich von 9 Uhr Vor- bis 5 Uhr Nachmittag bei uns eingesehen werden.

Posen, den 28. Oktober 1848.

Die Lazareth-Commission.

Den geehrten Besuchern Posen's die ergebene Anzeige, daß sie in meinem unter der Firma:

„KRUG'S GASTHOF“

neu etablirten, auf St. Martin nahe dem Stettiner Bahnhofe belegenen Gasthose alle Bequemlichkeiten bei soliden Preisen finden können.

Posen, im November 1848.

C. Krug.

Regenschirme werden neu angefertigt und reparirt bei

A. Apolant,
Drechslermeister, Markt 82.

NB. Ein Knabe rechtlicher Eltern kann sofort bei mir in die Lehre treten.

Ein Lehrling findet sofort Aufnahme beim Friseur Caspari, Wilhelmsstrasse No. 8.

Hofsteiner Aulern erhielt so eben per Eisenbahn Stiller.

Berliner Börse.

Den 1. November 1848.	Zinst.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	74½	74
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	92	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	81½
Grossh. Posener	4	95½	—
Ostpreussische	3½	77½	—
Pommersche	3½	86½	86½
Kur- u. Neumärk.	3½	90½	89½
Schlesische	3½	89½	88½
v. Staat garant. L. B.	3½	—	89½
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	86½	—
Friedrichsd'or	—	137½	137½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12½	12½
Disconto	—	3½	4½

Eisenbahn-Actien.

voll eingezahlt:

Berlin-Anhalter A. B.	4	—	80½
„ „ Prioritäts-	4	—	84
Berlin-Hamburger	4½	—	63
„ „ Prioritäts-	4½	—	88½
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	52½
„ „ Prior. A. B.	4	—	77½
„ „	5	—	87
Berlin-Stettiner	4	—	86½
Cöln-Mindener	3½	74	—
„ „ Prioritäts-	4½	—	89
Magdeburg-Halberstädter	4	—	102
Niederschles.-Märkische	3½	—	68
„ „ Prioritäts-	4	82½	—
„ „	5	93½	93½
„ „ III. Serie	5	—	88½
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	89
„ „ B.	3½	—	—
„ „ Stamm-Prioritäts-	4	67½	—
„ „ Prioritäts-	4	—	—
„ „ v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	51	—
Stargard-Posener	4	66½	—

(Mit einer Beilage.)

Inland.

|| Bromberg, den 1. Nov. Der am 23. v. M. gefasste Beschluss der Preussischen National-Versammlung traf uns wie ein Hagelschlag kurz vor der Ernte. Hoffnungen, die wir zu keiner Zeit verloren gegeben hatten, waren durch das Parlament in Frankfurt einer gedeihlichen Reise entgegengeführt worden, und während wir nun von Tag zu Tag der fruchtreichen Erfüllung entgegenzusehen, sollte die ganze Saat durch unsere preussischen Nationalvertreter zertreten werden. Der erste Eindruck, den die Nachricht auf unsere Bevölkerung hervorbrachte, war betäubend; doch bald erholte man sich von der augenblicklichen Verwirrung und schloß sich zu energischem Widerstande an einander. Wir sind des festen Willens, uns die in Frankfurt zugestandene Ertrugenschaft durch keine andere Macht schmälern zu lassen, als durch den Sieg der Gewalt, wenn eine deutsche Regierung den Muth haben sollte, mit diesem Mittel gegen Bürger des deutschen Vaterlandes vorzuschreiten, um sie einer andern Nationalität aus Schlepptau anzuhängen. Besonders thätig und wirksam für die Organisation der in Stadt und Land unregelt hervorbrechenden Aufregung erweist sich unser jetzt zu neuem Leben erwachter „Centralbürgerausschuß für den Kreisdistrikt“. Derselbe hat zu diesem Behuf unterm 30. Oktober nachstehenden Aufruf einer Volks-Versammlung in Bromberg am 5. November d. J. Nachmittags 2 Uhr, erlassen:

Die jüngsten Beschlüsse der Berliner konstituierenden Versammlung vom 23. und 26. Oktober haben aufs Neue Alles in Frage gestellt, was wir durch lange, gefährvolle Kämpfe, durch schwere Opfer für unsere heiligsten Interessen, für Deutsche Cultur und Nationalität in dieser Provinz erreicht zu haben glaubten; jene Beschlüsse bedrohen uns mit der Schmach, den Umtrieben der Polen zu unterliegen und unseren Rechte, die wir durch den Beschluss der Frankfurter Nationalversammlung verbürgt glaubten, wieder beraubt zu werden. Darum erhebet Euch, Deutsche Brüder, rüffet Euch wieder mit dem Geist und Muth des achten Deutschen Patriotismus, wie in den Tagen des März, April und Mai, bedenket, daß Ihr für Eure Sicherheit, für Eigenthum, für Eure Familien und Alles, was Euch heilig ist, streitet! Findet Euch daher recht zahlreich ein bei der Volksversammlung, die am

5ten November c. Nachmittags 2 Uhr hier in Bromberg abgehalten werden soll; stärket durch lebendige Theilnahme die Beschlüsse, die hier gefasst werden sollen und die sich auf folgende Punkte beziehen werden:

- 1) Unsere Vereinigung mit Deutschland, wie sie durch die Frankfurter Nationalversammlung beschlossen worden, muß unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.
- 2) Es soll eine Verbrüderung unter den Deutschen begründet werden, um den Bestrebungen der Polnischen Liga, sofern sie den Deutschen nachtheillich zu werden drohen, entgegenzutreten.

Es ist dringend nothwendig, daß auch die ländliche Bevölkerung sich zahlreich einfinde; entferntere Gemeinden aber mögen durch Vollmachten nach den beifolgenden Formularen sich vertreten lassen.

|| Schildberg, den 30. Okt. Die Polen sind nun in drolci jubilo auch hier im Kreise, und zwar, wie es mir scheint, deshalb, weil sie eine Form gefunden haben, von der sie glauben, sie werde zweifelsohne zu dem schärfsten erwünschten Ziele der Herstellung eines selbstständigen Staates führen. Daß diese Form die Liga polska ist, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Am heutigen Tage wurde sie hier förmlich eingeführt. Als Sammelplatz behufs Abhaltung einer Volksversammlung dienten die geweihten Räume der hiesigen Klosterkirche. Es mögen an 500 Menschen anwesend gewesen sein, worunter namentlich der gesammte Adel und die Geistlichkeit des Kreises. Der Probst aus Mirstadt eröffnete den Akt durch Verlesung der Liga-Statuten. Hierauf sprach ein alter Edelmann über die Bedeutung des Vereins, welche Phrasen ich aber mit Stillschweigen übergehe. Nach ihm nahm Probst Strybel aus Grabow, Deputirter in Berlin, das Wort und ließ sich etwa folgendermaßen aus: „Christus war ein Volksfreund und ächter Demokrat. Vergleiche man die Zeit vor den Märztagen mit seinen Grundsätzen, so wird ersichtlich, wie weit man sich vom Ziele entfernt hatte. Am schlagendsten erweist sich dies am Polnischen Volke. Die Versprechungen von 1815 sind ihm schmächtig verklümmert worden; doch nun gestalten sich die Dinge hoffnungsvoller. Die National-Versammlung in Berlin, zu welcher ich, als Vertrauensmann des hiesigen Kreises gehöre, ist die heile Bürgschaft dafür. Sie besteht aus zwei Partheien, die Rechte und die Linke. Glaubt aber nicht, daß die Rechte, wie dies gewöhnlich ist und sein sollte, auch eure Rechte wahrnehme; ihre Mitglieder möchten am liebsten alle eure wohlverordneten Rechte und Freiheiten vernichten, und gerade die Mitglieder der Linken sind eure Freunde. In dieser Partei gehöre ich, so wie alle Polnischen Deputirten des Großherzogthums. Wir sind zwar nur eine kleine Zahl (16), aber unsere Deutschen Freunde auf der Linken, nachdem sie sich von der Wahrheit und Richtigkeit unserer Sache überzeugt, stehen uns bei, und mit ihrer Hilfe haben wir am 23. d. M. einen glänzenden Sieg errungen, nach welchem das Großherzogthum verbleibt, wie es ist, und an eine Demarkation nicht gedacht wird. Die Habeas-Corpus-Akte, das Bürgerwehr- und Jagdgesetz sind vollendet und ein Lastenaufhebungsgesetz, so wie die Constitution in Arbeit. — Zur Kräftigung und Beförderung unserer National-Angelegenheiten haben wir Polnischen Deputirten des Großherzogthums die Liga gestiftet. Schließt euch vertrauensvoll an und ihr werdet glückliche Zeiten erleben. Richter, Geistliche und Lehrer, die nicht in eurem rein nationalen und religiösen Sinne wirken, sucht durch entsprechende Individuen zu ersetzen; doch seid nicht unfreundlich gegen Deutsche und sogar gegen Juden, sofern sie sich sonst euren Bestrebungen nicht widersetzen; gönnt ihnen ihre Existenz in eurem Lande. — Gott segne unser Werk.“ — Die Wahl für das Kreisdirektorium ergab zum Vor-

sitzenden den Grafen Szembek auf Siemianice, Stellvertreter v. Węzysen auf Wroczyn; zum Kassirer den Probst Worowicz in Dornow, Stellvertreter

v. Kolaczowski auf Losarzew; zum Secretair den Decan Baber, Stells. einen gewissen Florjan Panek, beide hieselbst. — Gegen 300 Unterschriften genehmigten diese Wahl. — Außer diesem Kreisdirectorium besaßen noch Orts-Direktorien in Kempen, Grabow, Mirstadt und hier unter dem Vorsitz der betreffenden Ortsgeistlichen. — Ich kann nur zwei Sprüche hinzufügen: „Es ist nicht Alles Gold, was glänzt“, und: „Aus diesem Mehle wird wahrlich kein Brod“, — denn ich kenne meine Pappenheimer.

Berlin, den 1. November. (Spez. Ztg.) Der bisherige Präsident der National-Versammlung, Ober-Bürgermeister Grabow, ist gleich nach seiner Amis-Niederlegung von hier nach Brandenburg abgereist. Auf dem Bahnhofe hatten sich noch viele Abgeordnete eingefunden, um dem scheidenden Präsidenten das Besuch um Annahme einer Wiederwahl auszusprechen. Dieser lehnte jedoch entschieden ab, was bei Grabow's ehrenvoller Gesinnung auch weiter nicht verwundern kann. Man hört übrigens, daß er sein Mandat niederlegen werde. Mag man nun über Grabow's politische Gesinnung urtheilen, wie man wolle: die Gerechtigkeit muß man ihm widerfahren lassen, daß er ein streng rechtlicher, biederer Mann ist, welcher stets das Wohl des Vaterlandes im Auge behalten hat, und an dessen Gedeihen und Wohlfahrt den innigsten Antheil nimmt. Grabow's Auftreten auf den Provinzial-Landtagen und dem vereinigten Landtage sichern ihm ein ehrenvolles Andenken und das Vertrauen, welches ihm unsere Stadt und die Stadt, deren Haupt er ist, bei der letzten Wahl bewiesen, wird ein bereicherter Zeuge seiner Thätigkeit und Wirksamkeit bleiben! — Wie man hört, hat übrigens die im Hôtel de Russie zusammenkommende Fraktion vor der am 28. Okt. geschehenen Präsidenten-Neuwahl der Rechten das Anerbieten gemacht, Herrn v. Kirchmann zum Vicepräsidenten zu wählen. Daß der Antrag erfolglos geblieben, hat man gesehen.

— Nachmittags 3 Uhr. So eben macht der Maschinenbau-Arbeiter-Verein durch Anschlag bekannt, daß in vergangener Nacht einer der ihren durch die Bürgerwehr getödtet und neun verwundet worden sind.

Breslau, den 31. Okt. Von einem Reisenden, der aus Florisdorf hier eintrifft, hören wir, daß in Wien gesehn von den Arbeitern ein wahrer Terrorismus ausgeübt werde und Plünderung an der Tagesordnung sei. Heute wollte Windischgrätz zum letzten entscheidenden Sturm schreiten. Die Arbeiter wollten sich bis zum letzten Blutstropfen vertheidigen, da sie Windischgrätz mehr fürchten als den Tod. Der Fürst hatte wiederholt die Entwaffnung der Arbeiter und des Restes der akademischen Legion gefordert, worauf die Deputationen des Gemeinderathes erklärten, daß sie nicht im Stande wären, diese Entwaffnung auszuführen, er möge in die Stadt, die sich ihm übergeben werde, einziehen und die Entwaffnung selbst vornehmen.

Ratibor, den 30. Oktober. Wenn man die Erzählungen der Reisenden hört, so stehen einem schon jetzt die Haare zu Berge; mit einer fieberhaften Spannung aber sieht man den morgenden Berichten entgegen. An 18 Stellen, Erzählten die Reisenden, brennt Wien schon jetzt; die herrlichsten Gebäude der Vorstädte, die Maschinenbau-Anstalt der Gloggnitzer Bahn, die Walzmühle mit vielem Getreide, die Zuckerraffinerie (2 Millionen im Werth), das Odeum u. s. w. so wie eine große Anzahl von Privatgebäuden sind Ruinen. Die mit zwei Wänden und vielen gothischen Thüren versehene große Barrikade auf der Bägerzeit (diese Straße ist so weit wie die Linden in Berlin) wäre nie den Truppen in die Hände gefallen, wenn letztere sich nicht durch Zerstörung der beiden herrlichen Gebäude den Weg dazu gebahnt hätten. Mit dem heutigen Zuge kamen mehrere Krakauer Juden von dem Brünner Jahrmarkt zurück; dieselben haben dem dortigen letzten Aufstande beigewohnt und theilen uns darüber folgendes mit: Die Arbeiter wollten den Wienern zu Hilfe eilen und forderten daher von den Bürgern Waffen sowie Geld zur Reise; von ersteren bemächtigten sie sich vieler, auch sympathisirten mehrere Gardisten mit ihnen, doch wurden sie von der Nationalgarde und dem Militair überwältigt, nachdem sie 11 Tödt und 40 Verwundete hatten. Von Seiten der Bürger ist Einer gefallen. Der Landsturm wird indeß doch organisiert, obgleich die Hofpartei den Bewohnern möglichst entgegenkommt. Heute sind Schleswiger Freischärler hier durch nach Brünn gereist, um sich noch dem Landsturm anzuschließen.

Lübeck, den 28. Oktober. (H. E.) Gestern Nachmittag traf die Kronprinzessin von Württemberg, von ihrem Gemahl, dem Kronprinzen von Württemberg, begleitet, mit zahlreichem Gefolge auf ihrer Reise nach St. Petersburg hier ein und setzte ohne Verzug ihre Reise nach Travemünde fort, wo zwei russische Kriegs-Dampfschiffe, „Großratsch“ und „Chrubro“ zu ihrem Empfang bereit lagen. Die Einschiffung erfolgte, vom schönsten Wetter begünstigt, worauf die genannten Dampfschiffe gegen Abend die Rhede verließen. Der Kronprinz von Württemberg hat sofort seine Rückreise angetreten.

Schon am Donnerstag verließ uns ein Theil der in Folge der Ereignisse vom 9. herbeigezogenen Mecklenburgischen Truppen, denen am folgenden Tage die Oldenburgische Truppen-Abtheilung folgte, so daß gegenwärtig nur noch etwa 500 Mecklenburger hier verblieben sind. Die Untersuchungen werden eifrig betrieben; für die hauptsächlich Gravrten sind eiligst eine Anzahl Gefängnis-Lokale hergerichtet worden.

Würzburg, den 25. Oktober. Die zur Besprechung und Feststellung der Verhältnisse der katholischen Kirche Deutschlands berufene Synode schreitet raschen Schrittes vorwärts. Gestern wurde die dritte und noch am Abend die vierte Sitzung abgehalten, und es sind, nachdem schon am Sonntag und Montag die formellen Vorfragen zur Erledigung gekommen waren, die Verhandlungen über die durch Majoritäts-Beschluß proponirten und der Berathung zu unterstellenden Materien bereits in vollem Gange. Die von den Bischöfen zur Berathung gezogenen Theologen sind mit der Redaktion der zur Vorlage zu bringenden Gegenstände betraut, worauf die durch die Diskussion von Seiten der Bischöfe sprachreif befundenen Anträge und Bestimmungen durch Stimmen-Mehrheit entschieden werden. Die mitberathenden Theologen wohnen der Abstimmung bei, wogegen die bei der Versammlung nicht anwesenden, des öffentlichen und kirchlichen Rechtes kundigen Laien in schriftlichen Gutachten über vorkommende Rechtsfragen sich aussprechen. Die bis jetzt durchgesprochenen und zur Abstimmung gekommenen Gegenstände sind vorläufig noch nicht veröffentlicht; jedenfalls aber scheinen die Lebensfragen der katholischen Kirche, ihre Selbstständigkeit und ungehemmte Entwicklung in rein geistlichen Dingen, in Regierung und Verwaltung, so wie das Verhältniß zur Schule als Basis für zukünftige Beschlüsse angenommen worden zu sein. Wie mehrererorts versichert wurde,

Wird eine der ersten öffentlichen Kundgebungen der Versammlung ein Ergebniss schreiben an den heiligen Vater sein, dem ein Manifest an die Katholiken Deutscher Nation folgt.

Wien den 28. Oktober Morgens 8 Uhr. Das Ober-Kommando der National-Garden sendet in diesem Augenblick starke Kolonnen Mobilgarden in die Leopoldstadt, wo die größte Bewegung und Aufregung auf den Straßen und öffentlichen Plätzen wahrzunehmen ist, indem allgemein das Gerücht geht, daß im Prater und in der Gegend des Nordbahnhofes eine starke Truppenmacht concentrirt sei und dieselbe sich zum Kampf aufstelle. Eine neuerdings ins Lager an den Fürsten Windischgrätz abgesandte Deputation war unverrichteter Sache zurückgekehrt, indem der Fürst auf der unbedingten Erfüllung der von ihm gestellten Forderungen beharrte und nur bezüglich des dritten Punktes in so fern eine Modification hatte eintreten lassen, als er der Deputation diejenigen Personen, deren nähere Bezeichnung behufs ihrer Auslieferung er sich noch vorbehalten, genannt hat. Diese Personen sind: Dr. Schütke, der ungar. Unterstaats-Sekretär Pulszky, der sich hier aufhalten soll, und der ehemalige polnische General Bem.

11 Uhr Vormittags. Der heftige Kanonendonner, der so eben von allen Seiten der Stadt herüber tönt, läßt vermuthen, daß der wirkliche Angriff nunmehr erfolgt ist.

11½ Uhr. Bereitete Ordonanzen rufen im Vorbeisprengen den aufgestellten Posten zu, daß der Kampf begonnen habe, und zwar von allen Seiten. Der Kanonendonner wird immer heftiger, besonders in der Leopoldstadt, indem die Truppen nicht allein vom Prater her auf die Jägerzeil zu angreifen, sondern auch vom Augarten her auf die Ladorstraße zu.

1 Uhr Nachm. Das Geschützfeuer kracht fürchterlich und man hört auch bereits einiges Kleingewehrfeuer, ein Beweis, daß das Militär Fortschritte macht.

2 Uhr Nachm. Die Kugeln aller Sorten fallen schon auf dem freien Plage vor dem Gasthose zum goldenen Lamm, wo ich wohne, nieder, und fliegen auch einzelne in die Stuben. An mehreren Stellen der Vorstadt erheben sich starke Rauchsäulen von in Brand geschossenen Gebäuden.

3 Uhr Nachm. Die Truppen müssen schon einen großen Theil der Vorstadt inne haben, denn man sieht bereits einzelne flüchtige Nationalgarden, die in die Stadt eilen. Das Militär muß jedenfalls schweres Geschütz anwenden, denn bei jedem Schusse erbeben die Häuser; man hört dann und wann massenhaftes Zischen und Pfeifen in der Luft, was auf Feuern mit Schrapnels von Seiten des Militärs schließen läßt. In anderen Stadttheilen erheben sich ebenfalls Rauchsäulen.

5 Uhr Nachm. Die Vorstadt ist gefallen, die Garden retiriren in aller Eile über die Ferdinandsbrücke in die Stadt; eben so fährt das Geschütz im Galopp vorbei, um sich ebenfalls in die Stadt zu retten.

6 Uhr Abends. Im Gasthose zum g. L. befinden sich bereits Grenadiere, die unter dem Schutze der Dunkelheit sich über den Platz geschlichen haben, um von der anderen Seite her ins Haus zu gelangen. Eben so sind auch einige Offiziere eingekehrt, die uns versichern, „daß nicht nur die Leopoldstadt, sondern auch die Vorstädte Weißgärtner und Landstraße völlig vom Militär besetzt seien und in den anderen Vorstädten die Truppen bedeutende Fortschritte gemacht hätten, so daß morgen unfehlbar der Sturm auf die Stadt erfolgen würde.“ Nach der Mittheilung derselben Offiziere muß der Kampf ein fürchterlicher gewesen sein; sie räumen unumwunden ein, das ihre Gegner einen heldenmüthigen und verzweifelten Widerstand geleistet haben und erst gewichen seien, als ein fernerer Widerstand unmöglich gewesen wäre. Die Sappeurcompagnien haben die ganze Jägerzeile hinauf von Haus zu Haus die Brandmauern durchschlagen müssen, um die Infanteriemannschaften durchzulassen, welche dann die Nationalgarden aus den Häusern vertrieben und selbst aus den Fenstern herab auf die Kämpfer hinter den Barrikaden schossen. Wie planmäßig übrigens der Kampf seitens der Garden vorbereitet und eingeleitet war, geht daraus hervor, daß die Soldaten, sobald sie in die Häuser eindringen, die Brandmauern auf den Böden schon durchbrochen fanden. — Die Waffen scheinen jetzt auf allen Seiten zu ruhen, wenigstens ist es in der Leopoldstadt der Fall. Die Opfer, die hier gefallen sind, müssen bedeutend sein, wenn man bedenkt, daß der Kampf von 11 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags, also volle 6 Stunden, ununterbrochen gewüthet hat.

9 Uhr Abends. Die Vorstadt gleicht einem vollständigen Kriegslager: Truppen aller Waffengattungen, selbst Kroaten, lagern in großer Anzahl auf den Straßen.

Wien, 29. Okt. 6 Uhr Morgens. Das Militär schießt sich an, den Kampf wieder zu beginnen: denn die in der Leopoldstadt der Donau zunächst gelegenen Häuser werden im 2., 3. und 4. Stock mit Militär besetzt, um aus den Fenstern, sobald der Kampf wieder beginnt, ein wohlgezieltes Kleingewehrfeuer auf die Bastie hin zu eröffnen.

11 Uhr Vorm. Unter dem Schutze einer sauve-garde (eines Corporals) war ich von 9 Uhr an bis jetzt auf dem Plage, wo der jetzige Kampf gewüthet hat. Dort ward mir ein Bild des Schreckens geboten, welches ich nie vergessen werde. Auf den Straßen überall große Blutstrecken und überall Leichen erschossener Soldaten und Proletarier mit den fürchterlichen Verwundungen. Die beiden Häuserreihen vom Ausgange der Jägerzeil bis zum Carlstheater sind mitunter so zugerichtet, daß mehrere Gebäude niedergeissen werden müssen; drei Häuser sind bis auf die Sohle ausgebrannt.

1 Uhr Nachm. Bis jetzt hat noch kein neuer Kampf begonnen. Der Zugang in die Stadt von der Leopoldstadt aus bildet nur noch die Ferdinandsbrücke, da die übrigen Brücken von den Garden zerstört worden sind. Um den Sturm auf die Bastie zu erschweren, hat man auf der nördlich von derselben gelegenen Holzablage das dort vorräthige Brennholz angezündet. Alle Vorkehrungen werden indeß nichts nützen. Wie mir ein Offizier mittheilte, besteht Windischgrätz's Operationsarmee in diesem Augenblick in 66 Bataillonen Infanterie, jedes Bataillon 1200 Mann stark, 5 Regimenter Cavallerie, und 220 Kanonen. Angesichts dieser Macht, nachdem dieselbe schon solche Fortschritte gemacht hat, ist jeder fernere Widerstand ein tollkühnes Unternehmen.

Florisdorf, den 30. Oktober. Heute Mittag 12 Uhr hat der F.-M. Fürst Windischgrätz nachstehende telegraphische Depesche nach Olmütz an den Minist.-Präs. Wessenberg abgehen lassen: „Wien ergiebt sich noch unbedingt heute. Meine Soldaten werden noch heute in Wien einrücken.“ Nach 12 Uhr langte hier die aus Olmütz zurückkehrende Deputation des Gemeinderaths an, welche an den Kaiser abgesandt worden war, um günstige Bedingungen für Wien zu erbitten. Der Kaiser hat sie an Windischgrätz gewiesen und den Deputirten ein Handbillet mitgegeben, in welchem er den Fürsten ersucht, auf ihre Anträge möglichst einzugehen. Inmitten eines Bataillons Grenadiere hielten die Deputirten beim Fürsten Windischgrätz ihren Vortrag, und es schien, als wolle derselbe auf ihre Vorschläge eingehen. Die Wiener indeß, welche diese Zusammenkunft von der Stadt aus sahen und den Zweck derselben nicht kannten, feuerten auf die Grenadiere, worauf Windischgrätz, obgleich anderen Falls die Waffenruhe bis 2 Uhr dauern sollte, ein lebhaftes Feuer gegen die Stadt wieder beginnen ließ. — Hinsichtlich der Stellung des kaiserlichen Militärs bemerke ich, daß dasselbe in der Leopoldstadt links bis zum Nadastischen Hause, rechts bis zum St. Genoisplais vorgeedrungen ist. Dort steht die zuletzt genommene aus Säcken mit Reis errichtete Barrikade. Die nächste hinter dieser befindet sich bei dem Sterbischen Kaffeehause; dieselbe ist aus acht Villards zusammengefest, hinter welchen die Wollfäcke des Hauses Arnstein und Esteles aufgestapelt sind. — Fürst Windischgrätz hatte das Feuer bis 2½ Uhr fortsetzen lassen, dann hörte dasselbe plötzlich auf, da Signale vom Stephansthurme die Ankunft der Ungarn verkündet hatten. Diese, 18,000 Mann stark, versuchten einen Angriff zwischen Jellachich und Windischgrätz, indem sie sich auf den rechten Flügel des erstern, und auf den linken Flügel des zweiten warfen. Wessenbauer unterstützte den Angriff durch einen Ausfall von einer Seitenspurte in der Nähe des rothen Thurns. Das Bombardement, das um 3 Uhr aufgehört hatte, begann später wieder. Das Resultat des Kampfes wird verschieden erzählt. Nach einigen Mittheilungen soll Jellachich in die Donau gejagt worden sein; dagegen hören wir aus dem Munde von kaiserlichen Staatsoffizieren, daß dieses Schicksal die Ungarn getroffen habe und diese gänzlich vernichtet seien. Noch ist zu bemerken, und auch dies spricht für die Richtigkeit der letztern Nachricht, daß ein großer Theil des ungarischen Regiments Lichtenstein bald nach Beginn des Kampfes zu den kaiserlichen Truppen übergegangen ist. Des Abends wüthete von Neuem das Bombardement gegen die Stadt, ein Bombardement, wie es bis jetzt in diesem Kampfe noch nicht gehört worden. Erst um 7 Uhr schweig dasselbe. Was dann geschehen ist, und ob die Stadt, die bereits gestern durch das Aushängen weißer Fahnen begonnene Capitulation und die heute angefangene Entwaffnung weiter fortgesetzt hat, kann ich nicht berichten. Die Stadt brannte nach 7 Uhr an mehreren Stellen. (Wie wir schon gestern gemeldet, hat sich die Stadt dem Fürsten ergeben.)

Cholera.

Posen, den 2. November. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 16 Personen, gestorben 7.

Marktberichte. Posen, den 1. November.

(Der Schfl. zu 16 Mz. Preuss.)

Weizen 1 Rthlr. 21 Sgr. 1 Pf., auch 2 Rthlr. — Sgr. — Pf.; Roggen — Rthlr. 26 Sgr. 8 Pf., auch — Rthlr. 28 Sgr. 11 Pf.; Gerste 26 Sgr. 8 Pf. auch — Rthlr. 28 Sgr. 11 Pf.; Hafer 16 Sgr. — Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen — Rthlr. 26 Sgr. 8 Pf., auch — Rthlr. 28 Sgr. 11 Pf.; Erbsen 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rthlr. 5 Sgr. 7 Pf.; Kartoffeln 7 Sgr. 1 Pf., auch 8 Sgr. — Pf.; Heu zu 110 Pfd. 17 Sgr. 6 Pf. auch 20 Sgr.; Stroh, das Schock 3 Rthlr. 15 Sgr., auch 4 Rthlr. — Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 25 Sgr., auch 2 Rthlr.

Berlin, den 1. November.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 58—62 Rthlr.; Roggen loco 28—29 Rthlr., 82 pfd. p. Nov., Nov./Dec. 28 Rthlr. Br., 27½ G., p. Frühjahr 31 Rthlr. Br., 30½ G.; Gerste, große, loco 25—26 Rthlr., kleine 24—25 Rthlr.; Hafer loco nach Qualität 17—18 Rthlr., p. Frühjahr 48 pfd. 18 à 17 Rthlr., p. Herbst 17 à 16½ Rthlr.; Rübsöl loco 11½ à 11¼ Rthlr. Br., p. diesen Monat 11½ à 11¼ Rthlr., Nov./Dec. dto., Dec./Jan. 11½—11¾ Rthlr., Jan./Febr. 11½ à 11½ Rthlr., Febr./März dto., März/April dto., April/Mai dto.; Leinöl loco 9½ Rthlr., Lieferung 9½; Spiritus loco ohne Faß 15½ Rthlr. bez. u. Geld, mit Faß 15½ Rthlr., p. Nov./Dec. 15½—15¼ Rthlr. bez., p. Frühjahr 17½ Rthlr. Br., 17½ à 17¼ bez.

Nothwendiger Verkauf.

Ober-Landesgericht zu Bromberg.

Das im Mogilnoer Kreise belegene, landschaftlich auf 107,012 Rthlr. 28 Sgr. 5 Pf. abgeschätzte, und laut Adjudikations-Beschlusses vom 7ten December 1847 für das Meistgebot von 100,000 Rthlr. zugeschlagnene adeliche Gut Drachowo, soll im Wege der Realsubhastation

am 12ten Februar 1849 Vormittags

11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Taxe, Hypothekenschein und Kaufbedingungen können in der Registratur eingesehen werden.

In meinem Büchergeschäft ist eine offene Stelle für einen gut gearteten, befähigten Jüngling.

P. L i p p m a n n.

Wein- und Rum-Auktion.

Montag den 6ten November Vormittags von 10 Uhr ab sollen im Auktions-Lokale Friedrichsstraße No. 30., 200 Flaschen guter Medor und 120 Flaschen weißer Rum gegen baare Zahlung öffentlich versteigert werden.

Ansich.

Gartenstraße No. 285. sind zwei wohlmodirte Stuben zu vermieten und können sogleich bezogen werden.

Wendland.

Brennholz-Verkauf.

Im Kieczyner Forst, ½ Meile rechts von Gay (erste Poststation auf der Berliner Chaussee) werden folgende Brennholz-Gattungen zu billigen Preisen verkauft:

Eichen-Scheitholz, die große Waldklaster à 2 Rthlr. 20 Sgr.,

Birken- dto. Waldklaster à 3 Rthlr.,

Birken- und Eichen-Astholz die große Waldklaster à 1 Rthlr. 25 Sgr.,

Eichen-Stubbenholz die große Waldklaster à 1 Rthlr. 10 Sgr.,